

Von Tiana Moser

Verfassungsartikel Forschung am Mensch

Der Nationalrat ist mit dem Verfassungsartikel Forschung am Menschen sogleich mit einem äusserst delikaten Thema in die Herbstsession gestartet. Der Debatte im Rat gingen umfassende Beratungen in der WBK-N voran, in denen um ein Kompromiss zwischen Forschungsfreiheit und Menschenwürde gerungen wurde. Wir Grünliberalen anerkannten, dass die absolute Forschungsfreiheit nicht gleichzeitig mit dem absoluten Schutz der Menschenwürde zu haben ist. Wir haben uns deshalb für eine differenzierte Positionierung eingesetzt, welche Eckwerte des Schutzes der Menschenwürde auf Verfassungsstufe festhalten wollten. Leider ist der Kompromiss im Rat gescheitert, weil insbesondere die Grünen nachdem sie ihre Maximalforderungen nicht erreicht hatten, alle Eckwerte zusammen mit der SVP in der Verfassung ablehnten. Ebenfalls zum Scheitern beigetragen hat vermutlich ein Lobby Brief zahlreicher Professoren, in welchem der Kompromiss verkannt und lediglich die Zukunft der Forschung dramatisch dargestellt wurde. Die Voten von Tiana A. Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4805/274087/d_n_4805_274087_274094.htm

Güterverkehrsvorlage und Erhöhung des Gesamtkredites der NEAT

Einmal mehr hat die Verlagerung des Güterverkehrs Emotionen geweckt. Bereits im Voraus der Debatte wurden wir Parlamentarier mit zahlreichen Postkarten mit Steinböcken und Schneehasen eingedeckt. Postkarten, die uns an die 1994 vom Volk angenommene Alpeninitiative erinnern sollten. Wir Grünliberalen standen selbstverständlich konsequent für die möglichst rasche Umsetzung der Verlagerungsziele sowie für die Einführung der Alpentransitbörse ein, allerdings zu finanziell tragbaren Kosten. Wir waren und sind uns jedoch der grossen Herausforderung, die leider zum heutigen Zeitpunkt an eine Unmöglichkeit grenzt, bewusst. Leider wollte die Mehrheit des Rates das Verlagerungsziel wie der Ständerat und der Bundesrat auf 2019 verschieben. Als Erfolg kann jedoch das Bekenntnis des Nationalrates zur Alpentransitbörse bezeichnet werden.

Rüstungsprogramm

Die Debatte um das Rüstungsprogramm nahm geradezu absurde Dimensionen an. Die SP- wollte ihre Armeeziele durchsetzen und bezeichnete alle, welche sich nicht mit ihnen ins selbe Boot setzen wollen schlicht als arrogant. Die SVP ihrerseits war nicht fähig oder nicht willig die Sachfrage von der Personalfrage zu trennen und deshalb bereit, der SP und den Grünen die Hand zur Versenkung des Rüstungsprogramms zu reichen. Wir Grünliberalen vertreten die Auffassung, dass die Sachfrage von der Personalfrage klar zu trennen ist. Die geplanten Kredite im Rüstungsprogramm sind mit dem aktuellen Armeeauftrag weitgehend sinnvoll. Wir haben deshalb im diesem Sinne mit der FDP, CVP und EVP dem Rüstungsprogramm zugestimmt.

Senkung des Mindestumwandlungssatzes

Wir Grünliberalen haben dem Vorhaben zugestimmt, den Mindestumwandlungssatz im obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge innert 5 Jahren ab Inkrafttreten der entsprechenden Gesetzesänderung auf 6,4 Prozent zu senken. Der Umwandlungssatz ist der Prozentsatz des Altersguthabens, der den Versicherten schliesslich als jährliche Rente ausbezahlt wird. Wir Grünliberalen waren mit den Bürgerlichen im Nationalrat der Meinung, dass dieser Schritt das Minimum zur längerfristigen Sicherung der Renten auch der Jungen darstellt. Durch die höhere Lebenserwartung muss das Sparkapital der Rentner länger reichen, deshalb muss der jährliche Betrag durch die Senkung des Umwandlungssatzes reduziert werden. Andernfalls geschieht eine noch stärkere Umlagerung von Beiträgen der aktiven Arbeitnehmer an die

Rentner, was die Sparkapital der Aktiven wegessen würde und damit deren spätere Renten gefährdet.

Verfahrensgarantien Fluglärm

Nachdem im Sommer der Ständerat Nichteintreten auf die Vorlage zur Teilrevision des Enteignungs- und des Luftfahrtgesetzes beschlossen hat, hielt nun der Nationalrat knapp an seinem Beschluss fest – in unbestrittener Anerkennung, dass die Vorlage massiv abgespeckt werden muss auf die ursprüngliche Frage des Fluglärms. Da der Nationalrat die Vorlage aus Verfahrensgründen nicht ändern kann, liegt es nun am Ständerat die Vorlage nochmals zu überdenken und zu überarbeiten. Dem Handlungsbedarf wurde somit nochmals klar Ausdruck verliehen. Das Votum von Martin Bäumle dazu:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4805/281528/d_n_4805_281528_281710.htm

Rauchen

Der Nationalrat hat schliesslich nach längerem Hin und Her dem Antrag der Einigungskonferenz zur Parlamentarischen Initiative „Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen“ zugestimmt. Die ursprünglich klar strengere Version des Ständerates wurde so abgeschwächt, dass kleinere Restaurantbetriebe als Raucherlokale fungieren können, wenn sie a) eine dem Publikum zugängliche Gesamfläche von höchstens 80 Quadratmetern haben, b) gut belüftet und nach aussen leicht erkennbar als Raucherlokale bezeichnet sind und c) nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, die einer Tätigkeit im Raucherlokal im Arbeitsvertrag zugestimmt haben. Wir Grünliberalen haben schliesslich diesem Antrag zugestimmt, obwohl wir nicht wirklich zufrieden damit sind. Wir hätten uns national die vom Zürcher Souverän beschlossene Lösung gewünscht.

Kulturförderungsgesetz

Der Nationalrat hat in der Herbstsession mit der Behandlung des Kulturförderungsgesetzes begonnen. Mit dem neuen Gesetz soll die Kulturpolitik der Schweiz nicht neu definiert werden, vielmehr sollen zentrale Schwachstellen behoben, Lücken geschlossen und insbesondere klare Kompetenzzuteilungen gesprochen werden. Wir Grünliberalen haben uns beispielsweise für eine stärkere Autonomie von Pro Helvetia ausgesprochen. Hingegen haben wir die Auffassung vertreten, dass die berechtigten Anliegen der sozialen Absicherungen der Kulturschaffenden nicht im Kulturförderungsgesetz verankert, sondern separat behandelt werden sollen. Die Probleme, welche die Kulturschaffenden betreffen, existieren auch für andere Berufstätige mit ungewöhnlichen Karriereverläufen. Die Voten von Tiana A. Moser zum Kulturförderungsgesetz: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4805/282017/d_n_4805_282017_282018.htm; http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4805/282017/d_n_4805_282017_282085.htm Das Gesetz wird in der Wintersession weiterbehandelt werden.

Strompreisdebatte

Der Nationalrat hat im Rahmen von dringlichen Interpellationen über die Rechtmässigkeit der steigenden Strompreise diskutiert. Martin Bäumle hat für die Grünliberalen klar festgehalten, dass für die glp die Strompreiserhöhungen nicht grundsätzlich schlecht sind, da sie zu einem sparsameren Umgang mit Energie führen. Gleichzeitig haben wir aber auch festgehalten, dass die jetzige Erhöhung und die Gründe dafür unglaubwürdig sind. Die Gründe dafür hat Martin Bäumle in seinem Votum dargelegt: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4805/283085/d_n_4805_283085_283086.htm

LSVA –Motion Amstutz

Der Nationalrat hat am zweitletzten Tag der Session verhindert, dass die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) durch die Motion Amstutz verwässert wurde. Ein zentrales Anliegen von uns Grünliberalen ist das Verursacherprinzip und somit die Internalisierung von externen Kosten. Genau dieses Ziel verfolgt die LSVA. Die Motion Amstutz wollte erreichen, dass Lastwagen mindestens zehn Jahre in der billigsten Kategorie bleiben. Dieses Vorhaben wurde im Nationalrat mit 97 zu 79 Stimmen abgelehnt.